

Berlin, 5. November 2007

**Antrag des Bundesvorstandes der
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
zum 21. CDU-Bundesparteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover**

Nr. 2

**Wirtschaftliches Wachstum
durch einen funktionierenden Arbeitsmarkt fördern**

Ein funktionierender Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für neue Arbeitsplätze, höhere Einkommen und wettbewerbsfähige Unternehmen. Durch Abschottung nach innen und nach außen verliert der Arbeitsmarkt die Möglichkeit, Motor für binnenwirtschaftliches Wachstum zu sein.

Die Union wird sich im Rahmen der Großen Koalition für die Umsetzung der nachstehenden Forderungen einsetzen:

- Die Lohnfindung darf durch gesetzliche Mindestlöhne nicht behindert werden.
- Voraussetzung für die Anwendung des Entsendegesetzes müssen soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitskräfte sein.
- Das Mindestarbeitsbedingungsgesetz darf nicht zur Anwendung kommen.
- Flexible Arbeitsmarktformen wie z.B. die Zeitarbeit dürfen nicht behindert werden.

Begründung:

Die Union hat in der Koalitionsrunde vom 18. Juni 2007 der Einführung von branchenbezogenen Mindestlöhnen zugestimmt. Auf die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bedingungen für die Anwendung des Entsendegesetzes, z.B. das Merkmal „soziale Verwerfungen“, wurde dabei verzichtet. Außerdem wurde vereinbart, dass künftig auch in tariffreien Branchen durch Änderung des Mindestarbeitsbedingungsgesetzes aus dem Jahre 1952 Mindestlöhne eingeführt werden können.

Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze, vor allem im Niedriglohnbereich. Außerdem zeigt das Beispiel der Post, dass Zweck vieler Mindestlohnverträge primär darin besteht, Wettbewerber vom Markt fernzuhalten. Hierdurch wird Wachstum nicht gefördert, sondern vernichtet. Die Große Koalition sollte deshalb auf die vereinbarten Gesetzesänderungen verzichten.

In Deutschland sollen Mindestlöhne zu einer Zeit eingeführt werden, in der andere Länder in Europa überlegen, diese wieder abzuschaffen. Es hat sich nämlich – wie in England – gezeigt, dass Mindestlöhne für ausländische Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern außerordentlich attraktiv sind und deren Zuzug befördern. Außerdem haben die Franzosen die Erfahrung gemacht, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten, vor allem für die immer größer werdende Gruppe von gering qualifizierten Jugendlichen.